

Schwierigkeiten soziologischer Konzeptualisierung

Michael Beetz

1 „... so sollte die Wissenschaft sich auch jedesmal ganz in jedem einzelnen Behandelten erweisen.“ – Wozu Öffentlichkeitssoziologie? Warum Tönnies?

Wie Walter Benjamin (1978, S. 9) uns durch Voranstellen eines Goethe-Zitats gleich zu Beginn seiner Studie zum „Ursprung des deutschen Trauerspiels“ vor Augen hält, schwingt in jeder einzelnen wissenschaftlichen Untersuchung immer auch die Wissenschaft als Ganze mit. Bei Benjamin selbst wird diese Ganzheitsreferenz indes nicht logisch-explicit, also nach Art eines sachlichen Holismus gefasst, denn Benjamin opponiert ja gerade gegen eine systematisch-positivistische Haltung, welche Wissenschaft nach dem Modell eines umfassenden Systems zu entwickeln versucht und dabei auf eine methodologisch reflektierte Kombination von unvoreingenommener Beobachtung und begrifflicher Schärfe setzen zu können meint. Vielmehr kommt es ihm in – wenn man so sagen darf – proto-post-strukturalistischer Manier auf das dialektische Zusammenspiel von Inhalt und Form an. Was vordergründig als kunsthistorische Analyse erscheint, das gerät bei Benjamin so unter der Hand zu einer philosophischen Erkenntnistheorie, die freilich eher Gestus als Dogma sein will. Der spezielle Gegenstand dient damit gewissermaßen als Motiv für ein Bild, das in einem allegorischen Sinne zum Spiegel seiner wissenschaftlichen Beobachter wird.

Solches gilt natürlich *mutatis mutandis* nicht minder für das Thema der *öffentlichen Meinung* und den Umgang mit Klassikern wie *Ferdinand Tönnies*, denn beides für sich genommen verweist jeweils bereits auf die allgemeineren Fragen nach der Konstitution der sozialen Welt einerseits und den sozialen Möglichkeitsbedingungen sowie der gesellschaftlichen (Selbst-)Verortung des Faches Soziologie andererseits. Jedoch sind derart weite Horizonte im normalen akademischen Routinebetrieb kaum auf direktem Weg reflexiv einholbar, sie scheinen stattdessen erst in den Konturen des sozialwissenschaftlichen Ideenkanons und in den etablierten Lehrmeinungen hintergründig auf, sodass sich allein am *Umgang* mit dem Thema – hier also: öffentliche Meinung bzw. Ferdinand Tönnies – das implizite Verständnis von Soziologie und Gesellschaft wirklich erweist – ja mehr noch: auskristallisiert.

Die öffentliche Meinung ist in jedem Falle ein sozialwissenschaftlicher Dauerbrenner. Auch gut ein Jahrhundert nachdem erste Anläufe unternommen wurden, sich dem Phänomen soziologisch zu nähern (vgl. hierzu Hölscher 1978), hat das Thema nichts von seinem Reiz eingebüßt. Dies mag unter anderem daran liegen, dass hier zwischen dem Alltagsgebrauch des Wortes und den Erfordernissen wissenschaftlicher Theoriebildung ein eigentümliches Spannungsverhältnis besteht. Während in der öffentlichen Wahrnehmung das vorherrschende Meinungsbild wie selbstverständlich als unmittelbarer Ausdruck eines kollektiven Willens gilt, erweist sich – wie Novizen des Fachs schrittweise eröffnet wird (Noelle-Neumann 1996) – dessen Genese für die Forschung als eine äußerst voraussetzungsvolle Angelegenheit, die sich je nach dem unter philosophischen, historischen oder auch statistischen Gesichtspunkten eingehender analysieren lässt. Für Soziologen heißen die hier erwachsenden Betätigungsfelder „Sozialtheorie“, „Zeitdiagnose“ bzw. „Meinungsforschung“.

Für letztere ist es sicher am einfachsten, für die produzierten Erkenntnisse in den Medien allseits Beachtung zu finden. Ob es um die Popularität von Politikern und Parteien geht, um den Wertewandel innerhalb bestimmter Milieus oder um Meinungstrends zu aktuellen Debatten – verlässliche Daten werden gerne rezipiert, sofern sich die gewonnenen Ergebnisse in einfachen Schaubildern und verständlichen Kommentaren ansprechend aufbereiten lassen. Die empirische Sozialforschung beschränkt sich hier entsprechend weitestgehend auf deskriptive Aufgaben sowie auf das Anbieten einfacher Erklärungen anhand einiger weniger, methodisch gut isolierbarer Faktoren – wodurch die Demoskopie zu einer exakt nachvollziehbaren Technik wird (vgl. etwa Noelle-Neumann 2005), die sich insbesondere als mit den Erfordernissen einer standardisierten Methodenausbildung kompatibel erweist.

Doch das Interesse *gesellschaftskritischer* Beobachter gilt oft mehr jenen grundlegenden Strukturen der Öffentlichkeit, in deren Rahmen sich jeweils die entscheidenden Kommunikationsprozesse vollziehen. Diese Foren der öffentlichen Meinungsbildung sind stets eng an bestimmte Milieus und die betreffenden Medien geknüpft und unterliegen daher einem historischen Wandel. Während sich etwa für klassische Studien zu bestimmten historischen Epochen die Formierung der öffentlichen Meinung in Geheimbünden (Manheim 1933) oder Kaffeehäusern (Habermas 1962) vollzog, richtet sich der Fokus zahlreicher zeitgenössischer Untersuchungen vor allem auf das Internet (so etwa Plake et al. 2001). Soziologische Zeitdiagnosen werden in diesem Zusammenhang vor allem als Quellen für eingängige Schlagwörter geschätzt, welche die Komplexität des Geschehens in einschlägigen Formeln und Begriffen zusammenfassen. Sie konzentrieren sich daher heute im Wesentlichen auf die Entfaltung mehr oder weniger aussagekräftiger Transformationsthesen (von der geradezu überheblich-schlichten Habermas-Diagnose einer „neuen Unübersichtlichkeit“ über die vielfach verzeichnete „Vernetzung“ in „virtuellen Räumen“ bis zum plakativ verlautbarten „neuen Strukturwandel der Öffentlichkeit“ als Thema des Innsbrucker Dreiländerkongresses von 2009).

Im Hintergrund steht dabei durchweg eine *politikzentrierte* Gesellschaftsauffassung, welche die Öffentlichkeit hauptsächlich als kognitives Organ einer bürgerschaftlich engagierten Zivilgesellschaft ansieht. Dass Fragen des Gemeinwohls nur unter Beteiligung der Öffentlichkeit zu entscheiden seien, ist immerhin eine kulturell tief verankerte demokratische Überzeugung. Die Vorstellung, dass Prozesse der kollektiven Willensbildung als letzte Instanz der Vernunft fungieren könnten, ist mehr denn je zur zentralen Intuition des politischen Selbstverständnisses unserer Zeit geworden, die auch im akademischen Kontext gerne bemüht wird. Zwar war bereits Auguste Comte der Auffassung, dass das Prinzip der Volkssouveränität „die Willkür der Könige durch die Willkür der Völker oder vielmehr durch die der einzelnen“ ersetzen werde, sodass „die Macht im Staat seinen wenigst kultivierten Klassen übergeben werde“ (Comte 1973, S. 44). Anstelle der Volksmeinung sollte ja gerade die Soziologie das geistige Zepter übernehmen. Doch die öffentliche Akzeptanz sozialtheoretischer Konzepte hängt – wie rückblickend festzustellen ist – offenbar vielmehr umgekehrt davon ab, inwiefern diese den dominanten gesellschaftlichen Selbstbeschreibungen genügen. Politische Philosophen von Rang und Namen betrachten es entsprechend nach wie vor als ihre vordringliche Aufgabe, die Idee der Volkssouveränität in eine angemessene philosophische Form zu gießen und auf diese Weise theoretisch zu „begründen“. Von demokratietheoretischer Bedeutung sind dabei folglich bspw. Fragen der Art, ob es eine europäische Öffentlichkeit (Peters 2007) oder eine kos-

mopolitische Bürgerschaft (Beck 2004) geben könne, wie aus Legalität Legitimität erwächst (Habermas 1992), inwiefern das Gelingen von Demokratie auf eine politische Kultur und eine aktive Zivilgesellschaft angewiesen ist (Almond und Verba 1963; Walzer 1992; Schmals und Heinelt 1997).

Die Überzeugungskraft der konstruierten Theorieentwürfe bemisst sich indes häufig allein an der Zugehörigkeit zu den betreffenden akademischen Zirkeln. Eine unvoreingenommene soziologische Erörterung von Form und Funktion öffentlicher Meinung scheitert oft an den starken Loyalitätsverpflichtungen gegenüber den jeweiligen Forschungsbetrieben, welche es kaum gestatten, sich gerade „inkongruenten Perspektiven“ (Luhmann) gegenüber aufgeschlossen zu zeigen. Unkonventionelle Betrachtungen der gesellschaftlichen Bedeutung öffentlicher Meinung bleiben daher im Wesentlichen unabhängigen Freidenkern überlassen, denen vor allem einige klassische Werke (Bauer 1914; Lippmann 1922; Mannheim 1933) zu verdanken sind. Der Vorteil, welcher aus der Beschäftigung mit solchen älteren Werken der Soziologiegeschichte erwächst, Werken, die bereits einen historischen Charakter tragen und zu denen unter anderem auch die 1922 erschienene „Kritik der Öffentlichen Meinung“ von Ferdinand Tönnies (2002) gezählt werden darf, besteht darin, dass diese Werke zwangsläufig mit dem gebührenden Abstand zu betrachten sind, welcher ein für Zwecke der soziologischen Theoriebildung angemessenes Abstraktionsniveau ermöglicht.

Über eine Beschäftigung mit der Vergangenheit können daher, so jedenfalls lautet die Ausgangsannahme der folgenden Überlegungen, Zugänge zu Fragen gewonnen werden, welche letztlich die Notwendigkeit und die Möglichkeiten einer Soziologie der Öffentlichkeit in Gegenwart und Zukunft betreffen. Die Besonderheit des vorliegenden Bandes besteht nun gerade darin, dass es sich hierbei nicht etwa um Habermas' berühmten „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ handelt, sondern dass seine Beiträge sich mit einer normalerweise wenig beachteten Schrift von Ferdinand Tönnies befassen, die gleichwohl dessen umfangreichste und wohl auch arbeitsaufwändigste Publikation darstellt.

Tönnies „Kritik der öffentlichen Meinung“ ist zweifellos ein anspruchsvolles, facettenreiches Werk, dass es erst einmal überhaupt zu erschließen gilt. Zunächst einmal stellt sich dem heutigen Leser daher die Frage, ob er es schlicht als empirische Untersuchung zur öffentlichen Meinung um 1900, als theoriegenerierende Analyse mit empirischem Fundament oder vielmehr als Versuch der empirischen Verifizierung einer Theorie rezipieren soll. Ist es heute eher unter formalen oder unter inhaltlichen, unter theoretischen, methodischen oder methodologischen Gesichtspunkten noch der Lektüre wert? In jedem Falle scheint es von allem davon etwas zu beinhalten, ist es doch sowohl als international vergleichende, demoskopische Studie angelegt, beinhaltet zugleich aber auch eine begriffsanalytische

Abhandlung, welche den Begriff der öffentlichen Meinung in eine umfassendere philosophische Theorie des Willens einbettet, deren Grundzüge bereits in der Frühschrift „Gemeinschaft und Gesellschaft“ von 1887 (Tönnies 2005) entwickelt worden waren. Indem Tönnies die öffentliche Meinung in ein Analogie-Verhältnis zur Religion bringt (Tönnies 2005, S. 200ff.), was wiederum als Anregung zur provokativen These von der öffentlichen Meinung als der „Religion der Neuzeit“ (Deichsel 2005) genommen werden kann, bietet er überdies ein treffliches Gleichnis an, die seiner Monographie den Charakter einer historisch generalisierenden Zeitdiagnose verleiht, wie sie der Soziologie bis heute zu allgemeiner Beachtung verhelfen.

Getreu des hier bereits zugunsten einer Beschäftigung mit den Klassikern des Fachs geltend gemachten Arguments wird der Fokus der folgenden Betrachtungen speziell den Schwierigkeiten soziologischer Konzeptualisierung gelten. Am Fall von Tönnies selbst gilt es dabei zu verfolgen, wie die Genese einer angemessenen soziologischen Theorie stetig durch die Verstrickung in vernunftphilosophische, deutungspopulistische und demoskopische Ansprüche verschüttet zu werden droht.

2 Tönnies als Element der soziologischen Sinnstiftung

Entsprechend den oben schon kursorisch unterschiedenen Bezugsrahmen soziologischen Handelns gliedert sich der akademische Diskurs zur „öffentlichen Meinung“ grob gesehen in drei Stränge, einen philosophischen (a), einen ‚sozialwissenschaftlichen‘ (b) und einen publizistischen (c). Der Kürze und Prägnanz halber sei deren Darstellung hier stark zugespitzt.

a) Im philosophischen Diskurs geht es stets um das (theoretische) Problem der (praktischen) Vernunft, wie denn über politische, also *öffentliche* Belange überhaupt in vernünftiger Weise entschieden werden könne. Dazu kann tendenziell sogar von den realen politischen Verhältnissen abgesehen werden. Die philosophische Kommunikation stützt sich stattdessen gewöhnlich auf einen Kanon an historischen Texten, traditionellen Terminologien und auf die Präsentation formaler Argumentationsfiguren.

Konsequent entfaltet wird diese Haltung beim Thema Öffentlichkeit beispielsweise im Dunstkreis von Jürgen Habermas (Peters 2007; Schmalz-Bruns 1995), dessen Werk sich bekanntermaßen um die diskurstheoretische Grundlegung einer kommunikativen Vernunft bemüht. Ausgerechnet Habermas‘ frühe Schrift „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ von 1962 (Habermas 1990) gibt sich zwar noch als historische Studie, welche angeregt durch die faktischen Verhältnisse

bürgerlicher Öffentlichkeit im 18. und 19. Jahrhundert ein ideales Modell von Öffentlichkeit entwirft, das diesen realen Verhältnissen dann entgegengestellt werden kann. Seit den 70er Jahren tritt Habermas jedoch vorzugsweise als „normativer“ Philosoph auf, dessen Hauptwerk „Theorie des kommunikativen Handelns“ (Habermas 1981) gänzlich auf die Analyse empirischer Kommunikationsprozesse verzichtet und sich mit einigen wenigen, noch dazu konstruierten Beispielen begnügt. In „Faktizität und Geltung“ (Habermas 1992) schließlich wird ein eng an den Begriff der Zivilgesellschaft angebundener Begriff der Öffentlichkeit entwickelt, der rein auf demokratietheoretische Probleme hin zugeschnitten ist und sämtliche darüber hinaus weisenden, allgemeinen soziologischen Aspekte von Öffentlichkeit ignoriert.

Ähnliches gilt für die politische Philosophie im Allgemeinen. Von Platon und Aristoteles über Rousseau bis Habermas und Barber formulieren philosophische Modelle jeweils ein Ideal des Politischen, das spätestens seit der Französischen Revolution auch unverzichtbar Ideen des Volkswillens und der Öffentlichkeit beinhaltet. Solche philosophischen Konzeptionen von Politik, Demokratie und Öffentlichkeit sind mutmaßlich in gebildeten Kreisen gerade deshalb besonders zitierfähig, weil sie sich in Verbindung mit den Namen der betreffenden philosophischen Autoritäten gut in die allgemeine politische Kommunikation einbetten lassen und dann den dort entstehenden Bedarf an ethischer Legitimation gleichermaßen abdecken wie problematisieren.

b) Doch moderne Verwaltungsbükratien bedürfen heuer selbstverständlich eher der Expertise als der philosophischen Reflexion. Entsprechend gibt es bereits seit Mitte des 19. Jahrhunderts einen allgemeinen Trend in den Sozialwissenschaften, demzufolge die normativen Gehalte des Öffentlichkeitsbegriffs mehr und mehr aufgegeben werden und dieser zunehmend eine realistische Wendung erfährt. Ob eine extensiv betriebene Sozialforschung tatsächlich zur Verbesserung des menschlichen Zusammenlebens beiträgt, mag dahingestellt bleiben. Studien, Erhebungen und Umfragen unterstreichen zumindest symbolisch, dass die Verantwortlichen die soziale Realität scharf im Blick haben und trotz ihrer exklusiven Stellung mehr sehen als der in das Gemeinwesen sozial integrierte Normalbürger.¹

1 Insofern bildet die empirische Sozialforschung das *öffentliche* Pendant zur „aufklärerischen“ Spionage-Tätigkeit der Geheimdienste: Während verdeckte Ermittler die Lage im Hinterland von Privatsphäre, Untergrund und Feindesland erkunden, operieren Sozialforscher öffentlich sichtbar im offenen Gelände und firmieren somit gewissermaßen als gesellschaftliche Kundschafter mit repräsentativer Funktion.

Da die zeitgenössische Technokratie auf rekursiven Prozessen der politischen Planung und den damit verbundenen Versuchen der Steuerung komplexer gesellschaftlicher Dynamiken basiert, sind für sie vor allem solche wissenschaftlichen Erkenntnisse attraktiv, welche Instrumente zur aktiven Gestaltung der sozialen Wirklichkeit in Aussicht stellen (etwa im Sinne der politischen Theorie von Machiavelli). Die Öffentlichkeit wird in diesem Zusammenhang primär in sozialpsychologischer Perspektive als ein Medium sozial wirksamer Ideen betrachtet, die der Öffentlichkeitsarbeit als Feld strategischer Manipulation zugänglich sind (Bernays 1923). Damit erschließen sich wesentliche Phänomene der modernen Öffentlichkeit (von Medienmärkten bis Propagandaministerien) als Interaktionsfeld egoistisch-rational handelnder Akteure.

Die „Psychologie der Massen“ lautet dementsprechend bereits der Titel eines populären Werkes von Gustave LeBon (2008) von 1895. Die in Amerika ab Anfang 20. Jahrhundert sich etablierende demoskopische Meinungsforschung löst den Begriff der öffentlichen Meinung schließlich ganz und gar objektivistisch in die Summe von Einzelmeinungen auf – eine Strategie, die theoretisch eher naiv erscheinen mag, sich praktisch aber in Markt- und Politikforschung glänzend bewährt, da über das Bereitstellen von Faktenwissen wirtschaftliche und politische Anschlussfähigkeit gesichert wird. Die Stärken dieser stark mathematisierten Form von Sozialwissenschaft bestehen entsprechend vor allem in stochastischen Kompetenzen zur repräsentativen Erhebung und Verarbeitung quantitativer Daten.

c) Neben der idealtypisch so bezeichneten ‚philosophischen‘ (=kontrafaktisch-idealisierenden) und der ‚sozialwissenschaftlichen‘ (=demoskopisch-statistisch-verkürzenden) Herangehensweise an soziale Phänomene, wie insbesondere die öffentliche Meinung eines ist, gibt es nun aber stets auch eine ‚publizistische‘ Perspektive, welche die wesentlichen Besonderheiten des betreffenden Geschehens jeweils schlicht anhand eingängiger Formeln zu erfassen versucht. Hierbei werden für das kollektive Gedächtnis typisch grobe Kontraste zwischen sozialen Epochen, Ordnungen oder Lagern konstruiert, die sich dann wiederum bei genauerer historischer, vergleichender bzw. hermeneutischer Analyse oft als kaum haltbar erweisen.²

2 In zeitlicher Hinsicht dominieren bemerkenswerterweise Dreiphasenkonzepte, etwa Antike – Mittelalter – Neuzeit, bei denen die mittlere Phase teils künstlich zu einem dunklen Zeitalter verklärt wird, teils, wie im Falle des Dritten Reiches, zur moralisch-positiven Verklärung von Gegenwart und Vorvergangenheit (Weimarer Republik) verführt. In diesem Sinne kommt es heute etwa auch zu einer ideologischen Vereinnahmung der DDR, die als „Stasi-Staat“ und „Mangelwirtschaft“ zur Negativfolie des guten Lebens stilisiert wird, der dann leicht diverse weitere Übel wie Propaganda, Folter

Die resultierenden Klischees wirken sich nicht nur unmittelbar auf die öffentliche Meinung aus, diese unterliegt auch selbst permanent einer populistischen Deutung, wobei signifikante Ereignisse naturgemäß vornehmlich als kollektive Willensbekundungen wahrgenommen werden. Historische Momente verbinden sich in der Folge untrennbar mit Schlagworten wie „Prager Frühling“, „arabischer Frühling“ oder „Deutscher Herbst“, „Oktoberrevolution“, „friedliche Revolution 1989“ oder „Sommermärchen 2006“.

Eine der Besonderheiten, die das Werk von Tönnies bis heute zu einer so anspruchsvollen wie aufschlussreichen Lektüre machen, ist es, dass er sich keinem einzelnen dieser Diskursstränge vorbehaltlos zuordnen lässt, und dass es diese ihm doch zugleich auf einzigartige Weise zu verbinden gelingt. Tönnies startet gleichsam als ein Philosoph, der auf dem Weg in die Soziologie die Konzepte von Schopenhauer, Hobbes, Spinoza im Gepäck mit sich führt (vgl. hierzu Merz-Benz 1995), wendet sich jedoch mehr und mehr auch – und gerade – den konkreten historischen Vorgängen zu, um mit sozialwissenschaftlichem Blick das irdisch-politische Tagesgeschehen zu verfolgen. Sein soziologischer Nachruhm ist begründet auf der von ihm – bestärkt durch die geistige Wegzehrung philosophischer Provenienz – ausgearbeiteten und nachmals zum Schlagwort „geadelten“ Unterscheidung von Gemeinschaft und Gesellschaft. Und in den Kategorien von Gemeinschaft und Gesellschaft ist auch bereits die Bestimmung der öffentlichen Meinung als Analogon der Religion enthalten (Tönnies 2005, S. 200), welche sich für die Betrachtung einzelner Tagesmeinungen, vor allem aber für das Verständnis des Phänomens der öffentlichen Meinung selbst als äußerst fruchtbar erwiesen hat und noch immer erweist und es auch rechtfertigt, von diesem soziologischen Klassiker als „aktuellem Tönnies“ (Deichsel 2005) zu sprechen. Damit hat Tönnies unter dem Strich nicht nur eine philosophische Begründung des Begriffs der öffentlichen Meinung im Rahmen einer kritischen Metaphysik des Willens vorgelegt, er präsentiert zudem – wenngleich nach heutigen methodischen Standards vielleicht etwas freihändig – eine umfassende empirische Studie zu den wesentlichen zeitgenössischen Inhalten öffentlicher Meinung, und er erweist sich drittens als erfolgreicher Stichwortgeber.

Tönnies lässt sich daher als selten treffliches Beispiel für die gelingende Synthese aller drei diskursiven Facetten des Konzepts der öffentlichen Meinung begreifen, zumal man von Tönnies her den Bogen zu ganz unterschiedlichen Teil-

oder Doping zugeordnet werden können, welche damit aus dem aktuellen „Weltbild“ tendenziell ausgeblendet werden. In *sachlicher* Hinsicht ergeben sich Dichotomien wie Diktatur/Demokratie oder Sozialismus/Kapitalismus, in *sozialer* Hinsicht Gegensätze wie links und rechts, oben und unten, gut und böse.

aspekten des Themas öffentliche Meinung ziehen kann, da in den begrifflichen Kategorien von Tönnies nicht zuletzt auch die wesentlichen Teilaspekte des Themas, denen spätere Autoren sich gewidmet haben, bereits angelegt sind (Beetz 2005a). Der Vorteil von Tönnies mag es diesbezüglich sein, dass er der weiteren Differenzierung seines Fachs in Allgemeine und Spezielle Soziologie, in Sektionen, Schulen und Arbeitsfelder historisch vorausseilt, sodass bei ihm noch sachlich untrennbar zusammengehört, was späterhin vornehmlich dem Namen nach unter einem Dach vereint bleibt.

Und selbst darüber noch hinausgehend zeigt sich bei Tönnies ein geradezu „ursoziologischer“ Impuls, der sich in dem Bestreben äußert, nach einer latenten Funktion von Öffentlichkeit und öffentlicher Meinung Ausschau zu halten. Überlegungen dieser Art finden sich im Übrigen bereits bei Auguste Comte sowie bei Emile Durkheim, namentlich in dessen Buch über die elementaren Formen des religiösen Lebens (Durkheim 1981, S. 286). Die hieraus resultierende Perspektive beinhaltet per se eine gesellschaftstheoretische Komponente, denn es geht damit explizit um die regulative Kraft, welche die öffentliche Meinung *gesellschaftlich* entfaltet. Unter gesellschaftstheoretischen Gesichtspunkten rückt nun insbesondere die Frage in den Vordergrund, wie die betreffenden Vorgänge analytisch einzuordnen sind im Hinblick auf die Aufrechterhaltung gesellschaftlicher Ordnung bzw. die Stimulierung gesellschaftlichen Wandels. Öffentliche Meinung erscheint hier mithin als soziale Kraft *sui generis*, als eine soziale Entität höherer Ordnung, die mehr ist als ein mechanisch-statistisches Aggregat individueller Einzelmeinungen, sofern sich der Prozess der individuellen Meinungsbildung ja bereits an ihr auszurichten pflegt. Hiermit vollzieht Tönnies unwillkürlich den kategorialen Schritt von der subjektzentrierten Denkweise der klassischen Philosophie hin zur Soziologie als Wissenschaft von den sozialen Tatsachen, welche die intersubjektiv kulturell verankerter Ideen als faktische Grundlage für die Konstitution sozialer Wirklichkeit akzeptiert.

Als „ursoziologisch“ lässt sich der Ansatz von Tönnies aber auch deshalb bezeichnen, weil er sich trotz aller Distanzierung von Comte oder Spencer noch nicht allzu weit entfernt hat von deren ursprünglichem Motiv der Begründung des Fachs im Rahmen eines wissenschaftlichen Systems (vgl. Tönnies 2009, S. 216). Zwar schließt die von Tönnies vertretene Soziologie im Gegensatz etwa zu dem deutschen Monisten F. Müller-Lyer nicht direkt an die Themen, Termini und Thesen von Comte und Spencer an (vgl. Beetz 2010, S. 69ff.), zumal Tönnies die Soziologie stattdessen mit Bezug auf Hobbes, Schopenhauer und Spinoza philosophisch gleichsam tiefer legen zu können glaubt. Gleichwohl keimen einige wesentliche Grundüberzeugungen – nicht zuletzt wohl auch dank der Nähe zu Wilhelm Wundt – offenbar im kognitiven Kielwasser des Positivismus. In jedem

Falle bleibt die Analyse der modernen Gesellschaft hinsichtlich struktureller Verfassung und historischer Genese durchweg ein Grundmotiv seiner soziologischen Arbeit.

Mit der akademischen Etablierung der Soziologie wird dieser „ursoziologische“ Impuls indes mehr und mehr unterdrückt. Mit der „Nullsoziologie“ von Auguste Comte – und dies ja gilt bereits für Durkheim und Spencer – identifiziert man sich keinesfalls mehr und will auch ungern mit ihr in Verbindung gebracht werden. Weber und Simmel, die in diesem Sinne gar als „Antisoziologen“ bezeichnet werden können (Lichtblau 2001; Kruse 2001), sind wohl eher von akademischem Geschäftssinn getrieben als von der Begeisterung für die neugegründete Wissenschaft, als sie im Zuge der Institutionalisierung des Fachs, nicht zuletzt in Form der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, die Marke „Soziologie“ für Deutschland mit zu übernehmen helfen und damit die wenigen Anhänger von Positivismus, Evolutionismus und Monismus aus dem Wissenschaftsbetrieb geradezu verdrängen. Es handelt sich hier also gewissermaßen um eine „feindliche Übernahme“. Wiewohl die Gründerväter der deutschen Soziologie durchaus einige zentrale Ideen ihrer ungeliebten Vorläufer adaptieren, oder soll man besser sagen: ungewollt reproduzieren?, schlägt die bei Tönnies noch gelegentlich geäußerte Wertschätzung späterhin in scharfe Polemik um, insbesondere Comte und Spencer werden im kollektiven Gedächtnis des Fachs geradezu zu Sündenböcken verklärt, denen allerlei negative Qualitäten, unlautere Absichten und falsche Ansichten zugeschrieben werden können. Nur durch die Entlastung von der geistigen Bürde ihrer Systemabkunft konnte Soziologie wohl zu einem Unternehmen werden, das sich bis heute am Meinungsmarkt leidlich behaupten kann. Wenn der Ballon zu sinken droht, muss man eben Ballast abwerfen. Dies hat die Soziologie – oder jedenfalls das, was seither Soziologie „heißen soll“ – als Institution gerettet und zu einem akademischen Großbetrieb werden lassen.

In dem Maße, in dem hier nicht nur – namentlich in Amerika – ein Markt für private Forschungsaufträge erwuchs, sondern dieser Markt der Sozialforschung auf der Basis öffentlicher Mittel und getragen von Stiftungsprogrammen für Zwecke der Effizienzsteigerung und der Absatzmaximierung, der politischen Steuerung und Legitimationsbeschaffung auch zusehends instrumentalisiert wurde und nach wie vor wird (vgl. Oberschall 1981), geht es zwangsläufig mehr um die Etablierung des Soziologen als ein durch institutionelle Anbindungen ausgewiesener Experte, um die Präsenz im öffentlichen Diskurs, sowie um die symbolische Selbstinszenierung als essenzieller Bestandteil des Bildungswesens. Die sichtbare Positionierung im sozialen Feld der Wissenschaften sowie die Solidarisierung unter Kollegen werden zu existenziellen Voraussetzungen für die Selbstbehauptung jedes einzelnen Soziologen (wie der Soziologie überhaupt), sie geraten zum

Öffentliche Meinung und soziologische Theorie

Mit Ferdinand Tönnies weiter gedacht

Merz-Benz, P.-U. (Hrsg.)

2015, X, 208 S. 2 Abb. in Farbe., Softcover

ISBN: 978-3-658-09446-1